

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die am

Donnerstag, dem 21. April 2016, um 19.00 Uhr

im Sitzungssaal des Rathauses Neusiedl am See stattgefundene

öffentliche Gemeinderatssitzung

Anwesend:

Bürgermeister		Kurt	LENTSCH
Vizebürgermeisterin		Elisabeth	BÖHM
Stadtrat		Emmerich	HAIDER
Stadtrat	DI	Thomas	HALBRITTER
Stadträtin		Isabell	LICHTENBERGER, BEd
Gemeinderat	Ing.	Stefan	KAST, BA
Gemeinderätin	KR	Emma	HITZINGER
Gemeinderat	Ing.	Viktor	HORVATH
Gemeinderat	Ing.	Günter	KOLAR
Gemeinderätin		Birgit	PECK
Gemeinderat	Ing.	Hermann	MICHLITS
Gemeinderätin		Judith	FRANK-UNGER
Gemeinderat		Andreas	KÖNIGSHOFER
Gemeinderätin	Mag. ^a	Beata	SÄMANN-TAKACS
Gemeinderat		Johannes	MIKULA
Gemeinderat		Karl	PANNER
Gemeinderat	Mag.	Heinz	ZITZ
Gemeinderätin	Mag. ^a	Eva	NAGY
Gemeinderätin	Mag. ^a	Alexandra	FISCHBACH
Gemeinderat	Ing.	Johannes	LINHART
Gemeinderat		Herbert	DENK
Schriftführerin	OAF	Judith	SIBER-REINER

Entschuldigt:

Stadträtin		Monika	RUPP
Stadtrat		Franz	SCHNEIDER
Gemeinderat		Johannes	DEPAULY
Gemeinderätin		Ingeborg	BERGER

Der Vorsitzende, Bürgermeister Kurt Lentsch, begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest und eröffnet diese Sitzung um 19.00 Uhr. Zu Beglaubigern werden die Gemeinderäte Stefan Kast und Heinz Zitz bestimmt.

Die Verhandlungsschrift der Gemeinderatssitzung vom 10.03.2016 wurde von den Beglaubigern unterfertigt. Der Bürgermeister stellt daher den Antrag, der Gemeinderat möge die Verhandlungsschrift der Gemeinderatssitzung vom 10.03.2016 genehmigen. Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

Vor Eingehen in die Tagesordnung setzt der Bürgermeister den Punkt 03) von der Tagesordnung ab. Er erläutert dazu, dass die Unterlagen (Grundstücksbewertung) bis heute nicht eingelangt sind und dieser Punkt daher in der nächsten Sitzung behandelt werden soll.

TAGESORDNUNG

01) Hallenbad Neusiedl am See – Ausgliederung aus der Freizeitbetriebe Neusiedl am See GmbH

Der Bürgermeister erläutert, dass ein Sanierungskonzept inklusive der möglichen Gründung einer neuen „Hallenbad-GmbH“ erstmals im Budgetausschuss präsentiert wurde. Gestern wurde dieses Konzept von allen im Gemeinderat vertretenen Parteien bei einem Gespräch mit LH Niessl und LR Petschnig von Dr. Pilz und Mag. Glerton vorgestellt. Das vorliegende Konzept beinhaltet neben einer detaillierten Planrechnung auch die Herausschälung des Hallenbades aus der bestehenden FZB GmbH samt dem Hallenbad zuzurechnenden Darlehen und Verbindlichkeiten, so wie beim Gespräch am 01.02.2016 von LH Niessl gewünscht.

Am nächsten Donnerstag findet der nächste Runde Tisch mit den Bezirksbürgermeistern statt. Das vorliegende Konzept und auch die vom Land geäußerten Wünsche sollen in diesem Gremium besprochen werden.

Die Vorgaben des Landes, weitere Ausgliederungsmöglichkeiten durchzurechnen, werden von Dr. Pilz und Mag. Glerton in den nächsten Wochen abgearbeitet.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Land Burgenland grundsätzlich für den Erhalt des Hallenbades steht. Um sich jedoch festzulegen, sind alle Möglichkeiten (GmbH, Leasingvariante, PPP, Betreibervariante,...) durchzurechnen. Gemeinsam mit

dem Land Burgenland soll entschieden werden, welche Lösung die Beste für das Hallenbad Neusiedl am See ist.

Das Konzept beinhaltet unter anderem eine genaue Kostenschätzung einer Generalsanierung. Wir konnten ebenfalls eine Kostschätzung für einen möglichen Neubau vorlegen, welcher ca. das Doppelte der Sanierungskosten ausmacht. Als Vergleich dazu gibt es ein derzeit im Bau befindliches Hallenbad in Ried, welches mit rund € 14 Mio budgetiert ist.

Bei einer Investitionssumme von € 6 Mio. kommt man auf maximal € 7,00 pro Kopf (auf die Bürger des Bezirks verteilt). Diesen Anteil wird jede Gemeinde tragen müssen, um die notwendige Investition zu tätigen und eine Weiterführung garantieren zu können.

Im Gespräch wurden 20 % Förderung durch das Land Burgenland zugesagt, wenn alle Auflagen (WIBUG) erfüllt werden. Die Frage der Wirtschaftlichkeit kann sich hier aber nicht stellen, da es sich um einen Zuschussbetrieb handelt.

Wir müssen den 30.06. im Auge behalten.

Das Land äußerte auch, dass sie die Zustimmung der Umlandgemeinden (Grundsatzbeschlüsse) sehen wolle, bevor es eine Zusage einer möglichen Beteiligung des Landes gibt.

Der Bürgermeister hat auch erwähnt, dass GR Zitz (Beiratsmitglied in der FZB) alle SPÖ Bürgermeister des Bezirkes persönlich gefragt hat und es grundsätzlich Zustimmung gibt.

GR Zitz gibt an, dass er in den Medien jedoch falsch zitiert wurde. Er sagte, dass er alle SPÖ Bürgermeister angerufen hat und diese sich eine Unterstützung vorstellen können, wenn das Konzept passt.

Die Aussage, dass wir Förderungen nicht abgeholt haben stimmt so nicht. Laut Abteilung 5 sind Instandhaltungen nicht förderbar. Es stimmt jedoch, dass die Freizeitbetriebe Neusiedl am See GmbH als einer der ersten Betriebe in der Region eine Ziel-1-Förderung erhalten hat.

Eine Gemeinderatssitzung zu diesem Punkt wird es auf jeden Fall noch vor dem Sommer geben.

02) Grundsatzbeschluss – Aufnahme von neuen Mitgliedsgemeinden in den AVBN

Bgm. Lentsch bedankt sich zunächst bei GR Kast und GR Berger für die sehr arbeitsintensive Vertretung im AVBN.

GR Kast berichtet, dass Ende letzten Jahres die Gemeinden Kittsee, Pama, Edelstal, Berg, Wolfsthal ein Ansuchen um Aufnahme in den AVBN gestellt haben. Dieses Thema wurde im Vorstand des AVBN prinzipiell besprochen und auch befürwortet. Bei der gestrigen Vorstandssitzung gab es jedoch neue Informationen und daher auch großen Diskussionsbedarf.

Der AVBN besteht seit 21 Jahren, wir halten derzeit 15,6 %, die größte Gemeinde, Bruck an der Leith hält ca. 25 %. Zurzeit haben alle AVBN-Gemeinden einen sehr guten „m³-Preis“ für das Abwasser.

Die 5 „Bewerbergemeinden“ haben bis jetzt in die Slowakei entsorgt, der Vertrag läuft jedoch in diesem Jahr aus.

Der Kläranlagenbetreiber in Petrzalka hat ein neues, jedoch sehr teures Angebot an die Gemeinden gestellt. Die Gemeinden Neudorf und Gattendorf haben auch schon Interesse bekundet. Aufgrund dieser vielen Bewerber wurden neue Berechnungen angestellt. Ergebnis ist, dass ein drittes Klärbecken gebaut werden müsste. Die Kosten dafür belaufen sich auf rund € 2,6 Mio. Dazu kommen noch die notwendigen Leitungen, Pumpwerke etc. Der Vorstand hat sich grundsätzlich für die Aufnahme ausgesprochen, jedoch können die Zusatzkosten nicht von den bestehenden Verbandsgemeinden getragen werden. Dafür sollen auch keine Rücklagen etc. angegriffen werden. Die neuen Gemeinden müssten für die Kosten selbst aufkommen. Diese Berechnungen werden derzeit durchgeführt, alle Folgewirkungen müssen ebenfalls berücksichtigt und kalkuliert werden.

Der Vorstand des Verbandes hat in der gestrigen Sitzung den mehrheitlichen Beschluss gefasst, dass die entstehenden Mehrkosten durch die „neuen“ Gemeinden getragen werden müssen.

Der Gemeinderat soll erst nach Vorliegen des entsprechenden Beschlusses durch den Vorstand eine Zustimmung zur Aufnahme der genannten Gemeinden fassen.

03) Grundabtretung in das öffentliche Gut – Kräftenweg/Taboräcker, Festlegung Kaufpreis

Dieser Tagesordnungspunkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

04) Abtretungsvertrag – IVB Immobilienvermarktung und Bauträger Ges.m.b.H/W.A.C.M. Privatstiftung/Stadtgemeinde Neusiedl am See

StR Halbritter erläutert den Sachverhalt. Beim Fachmarktzentrum III gibt es Flächen (Kurve hinter MERKUR), die in das öffentliche Gut abgetreten werden sollen. In den Unterlagen ist ein Abtretungsvertrag aufgelegt. Nach Rücksprache mit den Grundeigentümern ist es jedoch notwendig 2 Verträge zu erstellen, da es sich einerseits um die Fa. IVB und andererseits um die Privatstiftung W.A.C.M. handelt. Die Flächen bleiben jedoch unverändert.

Da es keine weiteren Fragen gibt, stellt StR Halbritter den Antrag der Gemeinderat möge die Abtretungen lt. in den Unterlagen aufgelegtem Abtretungsvertrag beschließen. Die unentgeltlichen Abtretungen sind jedoch in zwei Verträgen durchzuführen, da es sich bei den Grundstückseigentümern einmal um eine GmbH und einmal um die Privatstiftung handelt.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

05) Annahmeerklärung Fördervertrag ABA BA 27

StR Halbritter erklärt, dass es sich hier um den Fördervertrag für den ABA BA 27 (Kanalbau Prädium) handelt. Das Land Burgenland hat nunmehr die GIF Mittel für dieses Projekt frei gegeben. Die entsprechende Annahmeerklärung muss mittels Gemeinderatsbeschluss zur Kenntnis genommen werden.

GRⁱⁿ Fischbach erkundigt sich, wann die Fördergelder frei gegeben werden (Einbehalt). StR Halbritter erklärt, dass ein Betrag bis zur Schlussrechnung zurück behalten wird und nach Vorliegen dieser, alle Fördermittel ausbezahlt werden.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.
Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

06) Neuerliche Beschlussfassung – Bürgerbeteiligung Photovoltaikanlage

GR Kast berichtet, dass aufgrund einer Anfrage der Vizebürgermeisterin an die Gemeindeabteilung betreffend Befangenheit, eine Stellungnahme seitens der Abt. 2 nunmehr vorliegt, welche in den Unterlagen aufgelegt und somit jedem Gemeinderat bekannt ist. (Beilage 06)

Darin wird unter anderem auch festgehalten, dass über jeden einzelnen Beteiligungsvertrag einzeln abzustimmen ist und diese Beschlüsse demnach nachzuholen sind.

Vbgmⁱⁿ Böhm meldet sich zu Wort und gibt an, dass die SPÖ, da sie das letzte Mal dagegen waren, auch heute nicht mitstimmen wird.

Danach wird über jeden vorliegenden Vertrag einzeln abgestimmt:

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Beteiligungsvertrag Bürgersolaranlage mit **Herrn Josef Berger**, Josef-Haydn-Gasse 51, beschließen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Fischbach, Linhart.

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, Stadträtin Lichtenberger, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Zitz und Denk.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Beteiligungsvertrag Bürgersolaranlage mit **Frau Maria Etl**, Kräftenweg 8/3, beschließen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Fischbach, Linhart.

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, Stadträtin Lichtenberger, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz und Denk.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Beteiligungsvertrag Bürgersolaranlage mit **Frau Desiree Fink**, Römerweg 52, beschließen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Fischbach, Linhart.

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, Stadträtin Lichtenberger, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz und Denk.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Beteiligungsvertrag Bürgersolaranlage mit **Frau Sabine Haider**, Triftgasse 35, beschließen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Fischbach, Linhart.

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, Stadträtin Lichtenberger, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz und Denk.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Beteiligungsvertrag Bürgersolaranlage mit **Herrn Andreas Hitzinger sen.**, Franz-Liszt-Gasse 1, beschließen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Fischbach, Linhart.

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, Stadträtin Lichtenberger, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz und Denk.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Beteiligungsvertrag Bürgersolaranlage mit **Herrn Wolfgang Knabl**, Paul-Schmückl-Platz 1, beschließen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Fischbach, Linhart.

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, Stadträtin Lichtenberger, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz und Denk.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Beteiligungsvertrag Bürgersolaranlage mit **Herrn Walter Lackner**, Bühlgünde 38/1, beschließen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Fischbach, Linhart.

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, Stadträtin Lichtenberger, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz und Denk.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Beteiligungsvertrag Bürgersolaranlage mit **Herrn Josef Lutmannsberger**, Paul-Schmückl-Platz 5, beschließen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Fischbach, Linhart.

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, Stadträtin Lichtenberger, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz und Denk.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Beteiligungsvertrag Bürgersolaranlage mit **Herrn Ing. Jan Rendek**, Reitschacherstraße 21, beschließen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Fischbach, Linhart.

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, Stadträtin Lichtenberger, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz und Denk.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Beteiligungsvertrag Bürgersolaranlage mit **Frau DI Silvia Scherhauser**, Pappelweg 5/2, beschließen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Fischbach, Linhart.

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, Stadträtin Lichtenberger, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz und Denk.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Beteiligungsvertrag Bürgersolaranlage mit **Herrn Johann Stichauner**, Sauerbrunnberg 2, beschließen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Fischbach, Linhart.

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, Stadträtin Lichtenberger, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz und Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Beteiligungsvertrag Bürgersolaranlage mit **Herrn Michael Stranz**, Am Hausberg 4, beschließen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Fischbach, Linhart.

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, Stadträtin Lichtenberger, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz und Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Beteiligungsvertrag Bürgersolaranlage mit **Frau Monika Summerer**, Reitschachersiedlung 5/9, beschließen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Fischbach, Linhart.

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, Stadträtin Lichtenberger, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz und Denk.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Beteiligungsvertrag Bürgersolaranlage mit **Frau Mag. Sabine Tittler (Resch)**, Oberer Kirchberg 76, beschließen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Fischbach, Linhart.

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, Stadträtin Lichtenberger, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz und Denk.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Beteiligungsvertrag Bürgersolaranlage mit **Frau Susanne Waiblinger**, Alte Badgasse 1, beschließen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Fischbach, Linhart.

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, Stadträtin Lichtenberger, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz und Denk.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Beteiligungsvertrag Bürgersolaranlage mit **Frau Mag. Ingrid Wojnesich (Rittsteuer)**, Buhlgründe 46/8, beschließen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Fischbach, Linhart.

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, Stadträtin Lichtenberger, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz und Denk.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Beteiligungsvertrag Bürgersolaranlage mit **Frau Elfriede Zupak**, Pappelweg 3, Haus 5, beschließen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Fischbach, Linhart.

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, Stadträtin Lichtenberger, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz und Denk.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

StR Halbritter hält fest, dass dieser Abstimmungsmodus in keiner anderen Gemeinde (es waren 12 Gemeinden) durchgeführt wurde. Er berichtet über die Einspeisepriode durch die Anlage per 30.06. letzten Jahres. Es wurden 23.500 kWh erzeugt, kalkuliert hat man rund 18.000 kWh. Man liegt somit deutlich über der Prognose. Die Anleger haben jeder € 50,00 überwiesen bekommen.

GR Panner erkundigt sich, wie der Überschuss zustande kommt. StR Halbritter erklärt, dass bei den Berechnungen im Vorfeld immer ein Mittelwert angenommen wird.

07) Nachträgliche Beschlussfassung:

a. Leasingvertrag VW Passat

Bürgermeister Lentsch erläutert, dass diese Beschlüsse im letzten Prüfbericht der Abt. 2 gefordert wurden, da für diese Punkte bis dato keine Gemeinderatsbeschlüsse gefasst wurden. Der Leasingvertrag aus dem Jahr 2012 für den VW Passat wurde nur vom Stadtrat genehmigt und ist nachträglich vom Gemeinderat zu beschließen. (Beilage 07a) Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt Bgm. Lentsch den Antrag, der Gemeinderat möge vorliegenden Leasingvertrag mit der Porsche Bank vom 18.06.2012, mit einer Leasingrate von € 348,08 (brutto) und 48 Monaten Laufzeit, genehmigen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz.

Gegen den Antrag stimmen: GR Fischbach, Linhart und Denk.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

b. Werklohnforderungen Teerag Asdag Bauvorhaben IV und V

Der Vorsitzende erläutert, dass auch die vorliegenden Vereinbarungen betreffend Werklohnforderungen der Teerag Asdag – Bauvorhaben IV und V (Beilage 07b) eines nachträglichen Gemeinderatsbeschlusses bedürfen. Es geht hier um € 1.774.201,80 BVH IV und um € 1.320.000,00. Der Beschluss ist zur aufsichtsbehördlichen Bewilligung vorzulegen.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt er den Antrag, die vorliegenden Vereinbarungen betreffend Werklohnforderungen der Teerag Asdag, Bauvorhaben IV und V (Beilage 07b) zu genehmigen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Fischbach und Linhart

Gegen den Antrag stimmt: GR Denk.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

08) Laufzeitstreckung Darlehen Konto Nr. 918-131-783/01 und /02

Der Bürgermeister erläutert, dass es sich hier um zwei Darlehen, abgeschlossen im Jahr 2000 und 2002 handelt. Der Annuitätendienst wurde ab 2007 gekürzt und eine Rückzahlung 2016 bzw. die Tilgung bis zur Restlaufzeit vereinbart. Da im mittelfristigen Finanzplan für die nächsten Jahre die Rückzahlung halb- und vierteljährlicher Pauschalraten berücksichtigt sind, soll eine entsprechende Laufzeitstreckung beschlossen werden. Die letzte Tilgung wird für ein Darlehen am 01.04.2018 und für das zweite Darlehen am 01.04.2019 erfolgen.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt GRⁱⁿ Peck den Antrag eine Laufzeitstreckung gemäß vorliegenden Zahlungsplänen der Bank Burgenland für die Darlehen 918-131-783/01 und /02 (Beilage 08) zu beschließen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Fischbach, Linhart und Denk.

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, Stadträtin Lichtenberger und die Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

09) Richtlinie – Subventionen und andere Zuwendungen

GR Horvath stellt den Antrag, folgende Richtlinie zu beschließen:

Der Stadtrat wird hiermit ermächtigt, Subventionen und andere Zuwendungen bis zu einem Gesamtbetrag von € 5.000,00 pro Ansuchen im Rahmen des Voranschlages zu genehmigen. Die Subventionen und Zuwendungen können vor allem an Neusiedler Vereine und Institutionen, welche Jugendarbeit und gemeinnützige Arbeit leisten, nach Möglichkeit und Berücksichtigung des Voranschlages, gewährt werden.

Der Bürgermeister ergänzt, dass es eine Vorgabe im Prüfbericht ist, Richtlinien zu beschließen oder jedes Ansuchen dem Gemeinderat vorzulegen.

Im Stadtrat wurde bereits mehrmals über dieses Thema gesprochen und von StR Lichtenberger eine detaillierte Richtlinie ausgearbeitet. Man hat sich aber entschlossen, diese vorerst nicht zu beschließen.

GRⁱⁿ Fischbach gibt zu Protokoll, dass es sich ihrer Ansicht nach hier nicht um Richtlinien handelt. Ergänzend sollten noch ein paar Punkte (Kriterien, Bedingungen,...) aufgenommen werden.

GR Kast versteht diese Richtlinie so, damit der Stadtrat schnell agieren kann. Es soll eine umfangreiche Richtlinie ausgearbeitet und dann im Gemeinderat beschlossen werden.

Da es keine weiteren Anfragen und Anträge gibt, wird über den Antrag von GR Horvath abgestimmt.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Zitz, Denk.

Gegen den Antrag stimmt: Fischbach und Linhart.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

10) Verein zur Erhaltung und Erneuerung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Neusiedl am See & Co KG - Bestellung von Beiratsmitgliedern

Die Aufsichtsbehörde weist in ihrem letzten Prüfbericht darauf hin, dass laut Gesellschaftsvertrag ein Beirat für den Verein zur Erhaltung und Erneuerung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Neusiedl am See & Co KG einzurichten ist. Die Mitglieder des Beirates sind unverzüglich durch den Gemeinderat zu bestellen und die Beiratssitzungen in Zukunft entsprechend den Bestimmungen im Gesellschaftsvertrag einzuberufen.

Zuerst hat jede Gemeinderatsfraktion Anspruch auf Entsendung eines Mitglieds. Die weiteren Mitglieder werden nach dem d'Hondtschen System von den im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien entsandt.

Die Entsendung erfolgt für die Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates. Anspruch auf Entsendung von Beiräten besteht für die FPÖ 1, GRÜNE 1, SPÖ 2, ÖVP 3 Mitglieder.

FPÖ Gemeinderat Denk verzichtet auf die Entsendung.

Es folgt eine Diskussion im Gemeinderat, wem der Anspruch der FPÖ nun zufällt. Man wird eine Rechtsauskunft bei der Aufsichtsbehörde einholen. Bis dahin sollen zumindest die anderen Gemeinderatsparteien ihre Entsendung beschließen.

Der Bürgermeister bittet die Parteivorsitzenden um deren Nominierung:

Vbgmⁱⁿ Böhm wendet ein, dass die SPÖ erst entsenden wird, wenn klar ist, wer das Mitglied, das der FPÖ zusteht, stellen darf.

Die GRÜNEN entsenden Gemeinderat Linhart als Beiratsmitglied und GRⁱⁿ Fischbach als Ersatzmitglied.

Die ÖVP entsenden die Gemeinderäte Berger, Peck und Frank-Unger als Beiräte und StR Halbritter, GR Kolar und GR Kast als Ersatzmitglieder.

Die Abstimmung erfolgt jeweils fraktionell und einstimmig.

GRⁱⁿ Sämann-Takacs fragt noch, ob es notwendig ist, den Verein noch aufrecht zu erhalten oder ob dieser und die KG aufgelöst werden könnten.

Der Vorsitzende informiert, dass noch nicht alle Fördergelder (Hochwasserschutz) ausbezahlt wurden und auch noch keine Endabrechnung für die KG vorliegt. Bis dahin muss der Verein, der ja Gesellschafter der KG ist auf jeden Fall aktiv bleiben. Sobald eine Auflösung möglich ist, kann man darüber reden.

11) Widmungsverordnung – Grundstückskauf BELIG (BH Neusiedl am See)

StR Haider stellt den Antrag, vorliegende Widmungsverordnung zu beschließen:

V E R O R D N U N G

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Neusiedl am See vom 21.04.2016.

Gemäß § 64 Bgld. Gemeindeordnung, LGBl. Nr. 55/2003, in Verbindung mit dem Bgld. Straßengesetz, LGBl. Nr. 79/2005, wird verordnet:

Die in der Teilungsurkunde des DI Senftner vom 08.02.2016, GZ. 6780, ausgewiesene Trennfläche

Nr. 1 im Ausmaß von 29 m²

wird dem öffentlichen Gut **entwidmet**.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

Der Bürgermeister informiert, dass ein Verfahren gem. § 18 a Bgld. Raumplanungsgesetz bereits eingeleitet wurde.

12) Verordnung – 1. Änderung befristete Bausperre Eisenstädter Straße

StR Halbritter erläutert, dass eine befristete Bausperre Eisenstädter Straße bereits erlassen wurde. Bei einem aktuellen Fall im Südburgenland wurde eine Verordnung über eine befristete Bausperre aufgehoben. Um eine eventuelle Aufhebung unserer Verordnung zu verhindern, soll die bestehende Verordnung wie folgt ergänzt werden:

VERORDNUNG

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Neusiedl am See vom 21.04.2016, mit welcher die befristete Bausperre „Eisenstädter Straße“ (Gemeinderatsbeschluss vom 15.07.2015) geändert wird (1. Änderung).

Art. I

Auf Grund des § 26 des Bgld. Raumplanungsgesetzes, LGBl. Nr. 18/1969 idGF., wird nachstehendes verordnet:

Art. II

Die Bausperre „Eisenstädter Straße“ wird nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen geändert:

§ 1

Dem § 1 werden folgende Absätze hinzugefügt:

Im gegenständlichen Bereich besteht das Erfordernis der Bausperre insofern, als durch die Führung der Verkehrsflächen Eisenstädterstraße und Mittlerer Sauerbrunn in Verbindung mit der historischen Entwicklung des Baubestandes und der gewachsenen Grundstücksstruktur zwei unterschiedliche Siedlungstypen aufeinander treffen, deren Zusammenwachsen im Sinne einer vorausschauenden Planung gestaltet werden soll. Die Notwendigkeit der Verordnung einer befristeten Bausperre ergibt sich auch aus der für Bauvorhaben attraktiven Lage und dem sensiblen Bereich, da das Gebiet in der Pufferzone des UNESCO Welterbe Fertö-Neusiedler See liegt.

Zweck der befristeten Bausperre ist es zu verhindern, dass durch die Realisierung einzelner Bauvorhaben im Zeitraum der Bearbeitung des Teilbebauungsplanes die zu erarbeitenden Zielvorgaben und Bebauungsbestimmungen untergraben werden. Bedeutsam ist dabei sowohl die Anordnung und Gestaltung von Gebäuden als auch von Bauwerken.

Art. III

Diese Verordnung tritt mit Ablauf des Tages ihrer Kundmachung in Kraft.

StR Halbritter stellt den Antrag, der Gemeinderat möge vorliegende 1. Änderung der Verordnung über die befristete Bausperre im Bereich Eisenstädters Straße beschließen.

StRⁱⁿ Lichtenberger erkundigt sich, wie lange die Verordnung dann noch gültig ist. StR Halbritter erklärt, dass sich an der Dauer nichts ändert. Die Bausperre endet am 14.07.2017.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, wird über den Antrag von StR Halbritter abgestimmt.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

13) Verordnung – Gewerbeausübung in Gastgärten

GR Kolar berichtet, dass der Tourismusverband Neusiedl am See nach einem Gespräch mit dem Bürgermeister einen Antrag gestellt hat, die Gewerbeausübung in Gastgärten in Neusiedl am See von derzeit 22.00 Uhr bis 24.00 Uhr zu verlängern.

Er stellt den Antrag, der Gemeinderat möge folgende Verordnung beschließen:

V E R O R D N U N G

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Neusiedl am See vom 21.04.2016 über die Gewerbeausübung in Gastgärten für das Jahr 2016.

Aufgrund des § 76a Abs. 9 der Gewerbeordnung 1994, BGBl. Nr. 194/1994 idgF. wird verordnet:

§ 1

In den nachstehend angeführten Gebieten dürfen Gastgärten, die sich auf öffentlichem Grund befinden oder an öffentliche Verkehrsflächen angrenzen, unter den Voraussetzungen des § 76a Abs. 1 Gewerbeordnung 1994, BGBl. Nr. 194/1994 idgF. im Zeitraum von **01. Mai 2016 bis 30. September 2016** in der Zeit **von 08:00 bis 24.00 Uhr** betrieben werden:

1. im Bereich Obere Hauptstraße im Bereich der ONrn. 1 bis 31 und 2 bis 24
2. im Bereich des gesamten Hauptplatzes
3. im Bereich Untere Hauptstraße im Bereich der ONrn. 1 bis 59 und 2 bis 84

§ 2

Diese Verordnung tritt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

GRⁱⁿ Fischbach gibt zu Protokoll, dass es sich in diesem Bereich auch um Wohngebiet handelt. Die GRÜNEN werden der Verordnung zustimmen, sehen das heurige Jahr als Probezeit.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.
Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

14) Ansuchen Ankauf Grundstück Nr. 5757/104, Ing. Friedrich Marso

GR Kast berichtet über das Ansuchen von Herrn Ing. Friedrich Marso. Das Ansuchen ist in den Unterlagen aufgelegt und somit jedem Gemeinderat bekannt.

Er erläutert, dass die ÖVP das genannte Grundstück (Schilf) als wertvolle Fläche betrachtet und diese nicht in Privateigentum übergeben möchte. Aus diesem Grund stellt er den Antrag, das Ansuchen von Herrn Ing. Marso abzulehnen.

Bgm. Lentsch ergänzt, dass das Ansuchen im Gemeinderat behandelt wird, da der Stadtrat beschlossen hat ein Kaufangebot von Herrn Ing. Marso einzufordern, über dieses der Gemeinderat dann entscheiden soll.

GR Zitz schließt sich im Namen der SPÖ der Meinung von GR Kast an und plädiert auch dafür die Flächen nicht zu verkaufen.

GR Fischbach stimmt dieser Auslegung ebenfalls zu und spricht sich gegen den Ausverkauf des Schilfbereiches aus.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, wird über den Antrag von GR Kast abgestimmt.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben und das Ansuchen von Ing. Marso abgelehnt.

15) Ansuchen Ankauf Grundstück Nr. 5753/61 und Teilstück GstNr. 5754/21 (Zufahrt), Nils Möstl

GR Horvath erläutert das Kaufansuchen von Familie Möstl. Es handelt sich um das Grundstück rund um das bestehende Betriebsgebäude der Fa. Möstl, Seegärten. Auf den beabsichtigten Kaufflächen möchte die Fa. Möstl ihren Betrieb erweitern und Hallen für Bootslagerung und Bootsservice errichten. Das Grundstück Nr. 5753/61 mit 3197 m², gelb markiert, liegt hinter der bestehenden Halle und soll zur Gänze angekauft werden. Die Zufahrt, links neben dem bestehenden Gebäude und am vorliegenden Ansuchen grün gekennzeichnet ist eine Teilfläche des Grundstückes Nr. 5754/21 (Verkehrsfläche) und misst rund 800 m². Familie Möstl bietet in Ihrem Angebot € 150,00 pro m² Bauland und € 25,00 pro m² Verkehrsfläche. Dies ergibt einen Gesamtkaufpreis von (€ 479.550,00 plus € 20.000,00) € 499.550,00. GR Horvath stellt den Antrag, der Gemeinderat möge dem Kaufansuchen der Familie Möstl zustimmen.

Die Stadtgemeinde hat im Vorfeld eine Grundstücksbewertung an das Sachverständigenbüro Dr. Woschitz in Auftrag gegeben. Das Grundstück Nr. 5753/61 wurde mit einem m²-Preis von € 150,00 bewertet. Das Angebot der Fa. Möstl scheint für diese Fläche somit als angemessen.

GRⁱⁿ Fischbach kann sich einen Verkauf der Flächen, gelb und grün markiert, vorstellen. Das Grundstück dahinter (rot markiert) stellt für sie jedoch schon ein Problem dar.

Nach einer längeren Diskussion wird klargestellt dass die im Ansuchen rot gekennzeichnete Fläche nicht zum Verkauf steht, da sich darunter viele Einbauten (Wasserleitung, Kanal,...) befinden. Außerdem wirft der Bau einer weiteren Betriebsstätte sicherlich ein Konfliktpotenzial mit dem angrenzenden Wohngebiet auf. Man solle den gesamten Bereich dort (Wohnsiedlung, Betrieb der Fa. Möstl und Tennishalle) als Gesamtprojekt sehen und behandeln, so GRⁱⁿ Fischbach.

Sie stellt daher den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen, bis die Siedlungsentwicklung in diesem Bereich geklärt ist.

Sie fragt an, ob für die derzeitige Nutzung ein Entgelt bezahlt wird. Sie regt auch an, Transparenz in die Baulandpreise zu bringen, da immer wieder andere Grundstückspreise geboten und bezahlt werden.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Stadtgemeinde einen Pachtvertrag mit der Fa. Möstl über die Lagerfläche für Boote abgeschlossen hat und eine jährliche Pacht für die Fläche erhält. Betreffend Grundstückspreise ist er der Meinung, dass diese von Gebiet zu

Gebiet variieren und natürlich auch von der Widmung abhängig sind. Auch Angebot und Nachfrage gestalten den Preis mit. Außerdem wurde das jetzt diskutierte Grundstück von einem Sachverständigen bewertet, um Klarheit und Transparenz zu schaffen.

StR Halbritter berichtet, dass Herr Möstl sein Anliegen dem Stadtrat präsentiert hat. Herr Möstl hat damals erklärt, dass es seinen Familienbetrieb seit den 70er Jahren in Neusiedl am See gibt. Jetzt muss der Betrieb vergrößert werden, um ihn weiterhin aufrechterhalten und wirtschaften zu können. Er hat einerseits von Herrn Ortmann Flächen in Option, auf der anderen Seite möchte er nun die von der Gemeinde zum Verkauf angebotenen Grundstücke erwerben. Eine Umsiedlung z.B. in das Betriebsgebiet Prädium ist nicht möglich, da er seinen Betrieb in Seenähe braucht. Er müsste sonst alle Boote quer durch die Stadt manövrieren. Sollte er seinen Betrieb in Neusiedl so nicht halten können, müssen wir damit rechnen, dass ein weiterer Betrieb abwandern wird. Deshalb sollten wir das Ansuchen der Fam. Möstl unterstützen. StR Halbritter spricht sich für den momentanen Standort aus, der Betrieb sollte sich dort vergrößern können. Er stimmt GRⁱⁿ Fischbach zu. Man muss die Entwicklung im unmittelbaren Nahebereich berücksichtigen. Er findet das Vorhaben gut, im Sinne der Wirtschaft sollte es befürwortet werden. Wir brauchen einen „Seebetrieb“ und Betreuung für die Boote, deshalb bittet er die Gemeinderäte dem Ansuchen der Fam. Möstl zuzustimmen. Um Spekulationen vorzubeugen sollen bestimmte Auflagen erteilt werden: es soll ein gewerblicher Ausbau (Bootsbetrieb, Bootsservice) realisiert werden, die Gemeinde erhält das Vorkaufsrecht und eine Widmungsänderung nur durch eine nachträgliche Aufrechnung auf den Kaufpreis erfolgen kann. Dafür hat sich der Stadtrat einstimmig ausgesprochen.

Die Frage was mit den Flächen der Tennishalle und der Tennisplätze künftig passiert, kann heute nicht geklärt werden. Wir wissen heute nicht, ob die Flächen von Fam. Möstl gekauft wurden oder werden. Die momentane Widmung ist BF. Um z.B. einen Siedlungsbau dort zu errichten, ist eine Umwidmung durch die Gemeinde notwendig. Somit hat die Gemeinde über die weitere Bebauung und Entwicklung ein Mitspracherecht.

GR Zitz hält fest, dass über den Kaufvertrag selbst nochmals abgestimmt werden muss. Der heutige Beschluss umfasst lediglich die Absicht und die Konditionen des Verkaufs.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, wird über den Antrag von GR Horvath abgestimmt. Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.
Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

16) Verkauf von Grundstücken Seestraße hintaus – Festlegung neuer Verkaufspreis

Bgm. Lentsch berichtet, dass der Gemeinderat bereits im Vorjahr einen Kaufpreis für die vorliegenden Flächen beschlossen hat. Nach einer Anrainerbesprechung im Jänner 2016 steht jedoch fest, dass der festgelegte Preis für die Anrainer zu hoch ist und ein Verkauf unmöglich.

GRⁱⁿ Hitzinger berichtet über die Besprechung und stellt den Antrag den Verkaufspreis der Flächen Seestraße 52-72 hintaus mit € 60,00 pro m² festzulegen. Eine Umwidmung in Bauland soll dann jedoch nicht erfolgen.

GRⁱⁿ Fischbach ergänzt, dass eine Umwidmung in GL-Hausgärten jedoch notwendig sein wird.

StR Halbritter informiert, dass bei dieser Besprechung nicht alle Anrainer ein Kaufinteresse bekundet haben. Von den Anrainern selbst ist dann der Betrag von € 50,00 bis € 60,00 vorgebracht worden. Dieser Preis wurde dort in der Nähe an von Anrainern an die Urbarialgemeinde bezahlt. Dieser Betrag wurde dann von allen Anrainern angenommen. Ob nun alle Anrainer auch wirklich kaufen werden, kann jetzt noch nicht abgeschätzt werden.

Vbgmⁱⁿ Böhm erkundigt sich, wie viele Anrainer sich für einen Kauf ausgesprochen haben. StR Halbritter informiert, dass 3 Anrainer ihr Kaufinteresse kundgetan haben, alle anderen haben sich bis dato bedeckt gehalten.

GRⁱⁿ Frank-Unger erkundigt sich, ob jeder Anrainer nur die Flächen kaufen kann, die direkt hinter seinem Grundstück liegen. Bgm. Lentsch erläutert, dass wir uns diese Option noch offen lassen sollten. GR Zitz stimmt dem zu.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt GRⁱⁿ Hitzinger den Antrag, der Gemeinderat möge als neuen Verkaufspreis für die Flächen lt. vorliegendem Teilungsplan von DI Johann Horvath GZ 5966/13 € 60,00 pro m² festlegen. Eine Umwidmung in Bauland wird nicht erfolgen. Eine Umwidmung in Grünland-Hausgärten wird jedoch notwendig sein.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

17) Dienstbarkeitsvertrag Energie Burgenland, Hochspannungskabel Löschspule 1 UW Neusiedl

StR Haider bringt den vorliegenden Dienstbarkeitsvertrag mit der Energie Burgenland betreffend eines Hochspannungskabels-Löschspule beim Umspannungswerk Neusiedl am See zur Kenntnis. Der Vertrag ist in den Unterlagen aufgelegt und den Gemeinderäten somit bekannt. Er liegt dieser Verhandlungsschrift als Beilage 17 bei.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt StR Haider den Antrag, der Gemeinderat möge den Dienstbarkeitsvertrag mit der Energie Burgenland beschließen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

18) Ankauf und Leasingfinanzierung Unimog

StR Haider informiert, dass der alte UNIMOG Baujahr 1997 kaputt ist, eine Reparatur würde lt. Angebot Kosten in der Höhe von mindestens € 30.000,00 verursachen. Seit einigen Jahren wird über den Ankauf eines neuen UNIMOGs im Stadtrat gesprochen. Diesen Winter hatten wir keine Probleme, da es zum Glück keinen Schnee gab. Es ist jedoch notwendig, um den Winterdienst künftig aufrechterhalten zu können, ein neues Gerät anzuschaffen.

Die Fa. Pappas Auto GmbH hat einen UNIMOG U218 unter Zugrundelegung der Rahmenvereinbarung mit der Bundesbeschaffung GmbH (BBG) angeboten. Der Angebotspreis beträgt insgesamt € 200.000,00 brutto. In diesem Preis sind Fracht- und Montagekosten, ein Streuautomat und Heckzapfwelle inkludiert. Außerdem wird der alte UNIMOG zu einem Preis von € 17.713,11 zurückgenommen. Dies ist im Angebotspreis bereits inkludiert.

Für die Finanzierung dieses Fahrzeuges wurde eine Leasingausschreibung gemacht. Es liegen nunmehr 4 Leasingangebote von Banken auf (Beilage 18). Als Bestbieter geht die BAWAG/PSK mit einer monatlichen Rate von € 3.096,28 und einer Laufzeit von 72 Monatsraten hervor.

Die Lieferzeit beträgt rund 5 Monate, mit einer Auslieferung wird im Oktober/November 2016 gerechnet. Im heurigen Jahr sind somit 2 Leasingraten in der Höhe von ca. € 6.200,00 fällig. Dieser Betrag wird mit den nicht benötigten und budgetierten Beträgen für Reparaturen/Instandhaltung (da diese für den UNIMOG in diesem Jahr wegfallen) bezahlt. Ab 2017 müssen die Leasingraten von Beginn an budgetiert werden.

GR Mikula erkundigt sich, ob Aufbauten vom alten Gerät für das Neue verwendet werden können.

StR Haider informiert, dass der Böschungsmäher und der Schneepflug weiter verwendet werden können. Nur der Streuautomat muss neu angeschafft werden. Dieser ist im Gesamtpreis jedoch schon inbegriffen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.
Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Horvath, Kast, Hitzinger, Kolar, Frank-Unger, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

19) Personalangelegenheiten

Dieser Tagesordnungspunkt wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

20) Josef Königshofer – Beschwerde gegen die Entscheidung des Gemeinderates: geringfügiges Bauvorhaben (nachträgliche Mitteilung) – Errichtung eines Schuppens zur Lagerung von Gartenpflegegeräten und für die Haltung von Kleintieren, Heidegasse 24 (131-2/008-2015)

Dieser Tagesordnungspunkt wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

21) Bericht – Kenntnisnahme Voranschlag 2016

Bürgermeister Lentsch verliest das Schreiben der Abt. 2 vom 12.04.2016, Zahl: 2/GF.GPNEUSIEDL-10032-1-2015, welches in den Unterlagen aufgelegt und somit jedem Gemeinderat bekannt ist. Der Voranschlag für das Jahr 2016 wird von der Aufsichtsbehörde zur Kenntnis genommen.

22) Bericht – Prüfberichte (Teil I – III) der Gebarungsprüfung vom Juni 2015

Der Bürgermeister bringt dem Gemeinderat das Schreiben der Aufsichtsbehörde vom 29.02.2016, Zahl: 2/GF.GPNEUSIEDL-10032-1-2015 zur Kenntnis. Der Prüfbericht teilt sich in 3 Teile (1. Teil Gemeinde, 2. Teil FZB, 3. Teil KG). Der Bürgermeister erläutert, dass eine Liste erstellt wurde, die jede Aufforderung/jeden Mangel und deren Erledigungsstand beinhaltet. Der Bericht (3 Teile) und die Liste sind in den Unterlagen aufgelegt und somit jedem Gemeinderatsmitglied bekannt.

Die vorliegende Liste zeigt, dass viele Mängel bereits im Zeitraum seit der Prüfung bis heute erledigt wurden. In der heutigen Sitzung wurden zwei weitere Punkte per Beschluss erledigt. Eine Stellungnahme zum Prüfbericht ist innerhalb von 3 Monaten nach Erhalt des Berichtes an die Aufsichtsbehörde zu übermitteln. Diese Stellungnahme wird vorbereitet und danach jedem Gemeinderatsmitglied übersendet.

Der Bürgermeister informiert über einige Punkte des Berichtes. Unter anderem berichtet er zum Thema Prüfungsausschuss, dass dieser auch die ABEG prüfen müsste. Die ABEG hat jedoch beschlossen, einen Wirtschaftsprüfer zu beauftragen. Der Prüfungsausschuss muss dann „nur“ das Ergebnis des Wirtschaftsprüfers behandeln und eventuellen Mängeln nachgehen.

Es muss noch geklärt werden, ob die FZB weiter geprüft werden muss bzw. ob die Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer reicht und auch da „nur“ der Wirtschaftsprüferbericht behandelt werden muss, so GR Zitz.

GRⁱⁿ Fischbach gibt zu Protokoll, dass im Prüfbericht wieder die angespannte finanzielle Lage der Gemeinde angesprochen wird. Dem stimmt sie zu, ergänzt aber, dass die Konsolidierung im Laufen ist und die Ergebnisse im Plan sind. Seitens der Verwaltung wurden die „Hausaufgaben“ gemacht, die formellen Angelegenheiten wurden erledigt. In der Politik hingegen besteht noch Handlungsbedarf.

Vbgmⁱⁿ Böhm erkundigt sich nach offenen Rechnungen aus 2014, die im Juni 2015 noch nicht beglichen waren. Ein Teil ist sicher bereits bezahlt? OAF Siber-Reiner erklärt dazu, dass Rechnungen laufend und nach Möglichkeit natürlich bezahlt werden.

Die Vizebürgermeisterin fährt fort, dass im Prüfbericht festgehalten wird, dass der Konsolidierungsbedarf höher sein wird als geplant (Seite 48, Teil 1). Ursprünglich waren € 3,6 Mio geplant, nach dem 2. Konsolidierungspaket wurde der Bedarf mit € 4,5 Mio festgelegt. Der Vorsitzende und GRⁱⁿ Fischbach stellen richtig, dass über die € 4,5 Mio die Vereinbarung mit dem Land Burgenland und die Konsolidierungsdarlehen beschlossen wurden. Es ist nichts mehr dazu gekommen.

Vbgmⁱⁿ Böhm verweist auf den letzten Absatz des Prüfberichtes Teil 1, in dem festgehalten wird, dass die finanzielle Situation der Stadtgemeinde immer noch kritisch ist.

StR Halbritter ergänzt, dass noch kein einziges Konsolidierungsdarlehen für 2015 seitens der Aufsichtsbehörde genehmigt wurde und das tut uns weh.

GRⁱⁿ Sämann-Takacs ersucht auch zum Schutze der Mitarbeiter zusätzliche Schulungen im Bereich Mahnwesen oder auch Bescheiderlassung in Abgabenangelegenheiten anzubieten. OAF Siber-Reiner erklärt, dass Programmschulungen laufend und anlassbezogen stattfinden. Seit dem Abgabensjahr 2015 werden Abgabenbescheide fristgerecht erlassen. Das Mahnwesen läuft in der Stadtgemeinde über den ERV. Das bedeutet, dass nach einer erfolglosen 2. Mahnung der Abgabeschuldner über den ERV an das Bezirksgericht zur Eintreibung weiter geleitet wird. Gerade in diesen Bereichen wird seitens der Amts- und Kassaleitung sehr intensiv gearbeitet.

GRⁱⁿ Sämann-Takacs fragt an, ob die Stellungnahme zu den Prüfberichten den Gemeinderäten zur Kenntnis gebracht wird. Bgm. Lentsch antwortet, dass diese wieder allen GR-Mitgliedern zur Verfügung gestellt wird.

23) Bericht des Bürgermeisters

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

24) Allfälliges

GR Kast meldet sich zu Wort und ersucht seine Anfragen zu protokollieren.
Er hat einige Fragen an die Vizebürgermeisterin:

GR Kast stellt die Anfrage welche Initiativen sie als zuständige Stadträtin für Tourismus von 2013 bis jetzt gesetzt hat.

Die Vizebürgermeisterin antwortet, dass sie sich für die € 50.000,00 an zusätzlichen Bedarfszuweisungen für das Hallenbad eingesetzt hat. Bei der letzten GV des Tourismusverbandes wurde festgestellt, dass aus 2014 noch Gelder von der Gemeinde ausständig waren. Diese wurden in der Zwischenzeit bezahlt. Die Zahlungen aus 2015 sind jedoch noch offen. Diese sollten bald bezahlt werden, damit der TV weiter arbeiten kann. Der Tourismusverband kann sonst seinen Zahlungen nicht nachkommen.

Der TV hat einen neuen Obmann, Vbgmⁱⁿ Böhm nimmt an allen Vorstandssitzungen des Tourismusverbandes teil. Im Mai ist eine große Veranstaltung geplant (ORF Bgld. Tour) Mit den Nächtigungen schaut es nicht so gut aus, das ist aber allgemein bekannt. Es haben Hotels und Gasthöfe zugesperrt.

GR Kast fragt weiter, welche weiteren touristischen Veranstaltungen künftig geplant sind.

Vbgmⁱⁿ Böhm gibt an, dass die neue Obfrau sehr kreativ und engagiert ist. Sie wird sicher frischen Wind in den Neusiedler Tourismus bringen. Es wird sehr gut gearbeitet.

GR Kast: Sind das See- und Hallenbad wichtige touristische Institutionen hier in Neusiedl am See. Sie sind sehr wichtige touristische Institutionen, so Vbgmⁱⁿ Böhm. Das hat sie immer gesagt. Sie steht voll hinter dem Hallenbad. Zum Seebad muss sie dazu sagen, dieses könnte man vorne wesentlich schöner gestalten. Man könnte wie in Weiden einen Steg bauen. Finanziell ist dies momentan nicht machbar. Ein großes Anliegen der Vizebürgermeisterin ist, dass momentan Metallstäbe herausragen. StR Haider informiert, dass die Schäden bei der Promenade bereits repariert wurden. Ebenfalls ein großes Anliegen ist es, dass die Promenade mit Pflastersteinen verlegt wird.

GR Kast fragt weiter, welche Ideen bzw. welches Konzept die Vizebürgermeisterin zum Erhalt des Hallenbades hat.

Vbgmⁱⁿ Böhm führt Gespräche mit den Bürgermeistern der Umlandgemeinden, bis dato war sie in die Runden-Tisch-Bürgermeister-Gespräche nicht involviert. Nächste Woche wird sie jedoch dabei sein. Sei bedauert, dass sie bei den Vorgesprächen nicht dabei war.

GR Kast fragt nach, welches Konzept sie betreffend Hallenbad präferiert. Das kann so nicht beantwortet werden.

Kast fragt an wie oft sich Vbgmⁱⁿ Böhm in den letzten 3 Jahren mit Mag. Glerton, Dr. Pilz und dem Beirat der FZB zusammengesetzt hat, um einen Lösungsansatz für das Hallenbad zu finden.

Vbgmⁱⁿ Böhm führt laufend Gespräche mit GR Mag. Zitz, welcher im Beirat der FZB vertreten ist. Außerdem gibt es telefonischen Kontakt mit GF Mag. Glerton.

GR Kast stellt die Anfrage, ob die Arbeit im Budgetausschuss im Hinblick auf die finanzielle Situation und in weiterer Folge für die Lösung der Hallenbadproblematik effizient und gut ist?

Vbgmⁱⁿ Böhm antwortet, dass die Arbeit im Ausschuss sehr gut funktioniert und wichtig für Neusiedl am See und das Hallenbad ist.

GR Kast: Liegt dir etwas an einer parteiübergreifenden Lösung zur Rettung des Hallenbades? Böhm bejaht diese Anfrage. Es liegt im Interesse aller, das Hallenbad zu erhalten.

Kast fragt nach, was Vbgmⁱⁿ Böhm als zuständige Stadträtin besser machen könnte.

Böhm ist der Meinung, dass sie ihre Arbeit gut macht, sonst wären € 50.000,00 an Bedarfszuweisungen nicht geflossen.

Kast fragt an, ob Vbgmⁱⁿ Böhm an einem monatlichen Stammtisch der Parteivorsitzenden interessiert wäre. Die Vizebürgermeisterin ist der Ansicht dass StR und GR gut arbeiten, aber ja sie würde auch an einem Stammtisch gerne teilnehmen.

Wäre eine gemeinsame Vorgangsweise in der Kommunikation und öffentliche Darstellung der anstehenden Probleme (Finanzen, Hallenbad,...) vorstellbar?, fragt GR Kast.

Vbgmⁱⁿ Böhm hat eine gute Gesprächsbasis mit dem Bürgermeister und versteht daher die Frage nicht.

GR Zitz wendet ein, dass dieser Fragenkatalog keineswegs unter Punkt Allfälliges beantwortet werden kann. Er findet, dass dies ein Hearing ist und fragt ob dies gem. GemO so gemacht werden darf.

GR Kast entgegnet, dass er lediglich Fragen an die Vizebürgermeisterin stellt, keine Gemeinheiten formuliert hat und seitens seiner Fraktion die Hand ausstrecken möchte, damit künftig, besonders in so heiklen Angelegenheiten, gemeinsam gearbeitet und kommuniziert wird.

Vbgmⁱⁿ Böhm ist der Meinung, dass diese Frage nicht in den Gemeinderat gehört. Sie ist auf privater Ebene zu beantworten.

Was soll geschehen, wenn bis Ende Juni nichts geschieht?, ist die letzte Frage von GR Kast an Vbgmⁱⁿ Böhm. Vbgmⁱⁿ Böhm gibt die Frage zurück.

GR Kast ist der Meinung, dass gemeinsam an einer Lösung mit den Umlandgemeinden gearbeitet werden soll, damit das Hallenbad erhalten werden kann.

Vbgmⁱⁿ Böhm wiederholt, dass sie bei den ersten beiden „Runden Tischen“ nicht dabei war und daher auch nicht weiß, wie viele Gemeinden sich tatsächlich beteiligen werden.

GR Kast betont, dass die ÖVP die Hand zu einer gemeinsamen Arbeit ausstrecken möchte. Die Fraktion der ÖVP würde eine gemeinsame Bewältigung der anstehenden Probleme und Herausforderungen sehr begrüßen.

GR Zitz betont nochmals, dass dieser Fragenkatalog nichts mit „Hand ausstrecken“ zu tun hat. Auch er wird in den nächsten Sitzungen viele Fragen stellen. Er möchte sich auch nicht nachsagen lassen, dass eine Gemeinderatspartei in Sachen Hallenbad untätig sei. Das Anrufen der Bürgermeister im ganzen Bezirk war kein Spaß.

GR Kast wollte eine Protokollierung der gestellten Fragen, damit festgehalten wird, dass hinter diesen Fragen keine böse Absicht steht. Eine gemeinsame Lösung, eine gemeinsame Arbeit ist das Ziel.

GRⁱⁿ Fischbach erkundigt sich nach dem Pachtvertrag mit der Segelschule. Bgm. Lentsch erklärt, dass ein Entwurf im Stadtrat besprochen wurde. Eine Ergänzung (Wiederherstellung) ist durchzuführen, danach wird der Vertrag dem Gemeinderat zu Beschlussfassung vorgelegt.

GR Denk gibt zu Protokoll, dass der Parkautomat beim Schuhhaus Lang nicht funktioniert.

GR Kolar ladet alle Gemeinderäte zum 1. Atelierfest im Seemuseum, welches veranstaltet wird um Spenden für das neue Dach zu lukrieren, ein.

Ebenso ladet er am 30.04. zum Maibaumstellen bei der Fa. Kolar.

Nach Erledigung der Tagesordnung wird dieser öffentliche Teil der Sitzung um 21.30 Uhr geschlossen.

Bürgermeister

Gemeinderäte

Schriftführerin